

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Rieser.  
Gernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Wilhelmsplatz Rieser Nr. 52.

Nr. 252.

Sonntag, 27. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 27. 10. bis 2. 11. 9 Monate mit einem Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 120 Mk.; die 89 mm breite Klammerzeile 400 Mk.; zehnwöchiger und tabellarischer Satz 50%, Kuchenschlag. Der jeweilige Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig, durch Zellenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen veranschlagt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Verwilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Holzschnitt- und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lüdemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser. Schließjahr: 18 Millionen.

## Die Minister im besetzten Gebiete.

Der von dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten und bismarckianischen Reichstagsabgeordneten Hoffmann dirigierte Abfall der Pfalz von Bayern und nach französischem Willen auch vom Reich ist einseitig zum Stehen gekommen. Kurzzeitige Parteiverhältnisse, die über dem inneren Vater das große Ganze außer Acht ließ, war nahe daran, die schöne Pfalz den Franzosen in die Hände zu spielen. Hoffmann wollte seinem Nachfolger nach einem Streich spielen und geriet dabei in die Hände der Franzosen, die ihn weiter schoben als er ursprünglich zu gehen gedachte.

Erweiterte die Reichsregierung die saubere Pfalz an der deutschen Grenze gescheitert. Es ist leicht möglich, daß nunmehr General De Weert nach dem Vorbilde Tirard's und De Goutte's bezahlte Banden gegen die einheimische Bevölkerung ausbleibt und die pfälzische Republik gegen den Willen der Pfälzer proklamieren läßt. — Aber durch die Vorgänge der letzten Tage ist für die ganze Welt klar bewiesen, daß die Pfalz ebenso wie Rhein- und Ruhrgebiet zu einem Reich gehört und alle Absonderungsversuche auf die französische Nachbarschaft zurückgehen, die der englische Ministerpräsident Baldwin in seiner gestrigen Rede auf dem konservativen Parteitag zu Plymouth mit Recht als Vertragsbruch kennzeichnet. Ein Gutes aber hat der sonst so bewunderliche politische Seitenstrich des Herrn Hoffmann und seiner Genossen gehabt: In Bayern ist eine Ermächtigung eingetreten, die den Weg zur Verständigung mit dem Reich freimacht. In der bayerischen Regierung und der bayerischen Volkspartei hat man mit Schrecken eingesehen, daß der von Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr unternommene Vorstoß gegen das Reich den französischen Abtreibungsgeheimnissen am Rhein in die Hände arbeitete und nicht der Reichseinheit, sondern der Reichszerstückelung diente. Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in der Rede, die er am Donnerstagabend nach der Besprechung mit den Vertretern des Rheinlands in Gagen gehalten hat, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Mißverständnis zwischen Bayern und dem Reich sein Ende finden möge. Und zugleich betont, daß in dem Kampfe um die Erhaltung der deutschen Pfalz die deutsche Reichsregierung Seite an Seite mit Bayern stehe. Unter dem Schlag französischer Gewalt können solche Dinge nie in der Pfalz nicht gemacht werden. Da müßten die Wege gegangen werden, die die Verfassung weise. Mit erschütterter Klarheit und Schärfe hat der Reichskanzler in seiner Rede auch die hinterhältige vertragsbrüchige Haltung der Franzosen und Belgier gegenüber den Separatisten im Rheinlande gekennzeichnet. Die Anhebung einer fremden Bevölkerung gegen ihre eigene Regierung, die Verletzung verächtlicher Subjekte mit Geld und ihre Festsetzung zu Führern der Bewegung, die Bewaffnung von Aufrührern und die Enttarnung der ordnungsgemäßen Polizei, sind so schwere Verbrechen nicht nur gegen den Reichsvertrag, sondern auch gegen das ungeschriebene Völkerrecht der Völker, das nur die Heiligkeit der Regierung Europas und Amerikas und die völlige Abstrumpfung des Gewissens derartiger Attentate gegen Menschenrecht und Staatsgewalt möglich machen. Die Durchführung dieses verbrecherischen Vorgehens beweist, wie recht Baldwin hatte, als er in Plymouth behauptete, die europäischen Regierungen befänden sich in steuerlosen Flugzeugen und seien in ängstlicher Aussicht, wo sie mit blutiger Sicherheit landen können. Nur schade, daß das angeblich richtig gezeichnete englische Flugzeug zwar den rechten Weg wies, sich aber nicht hielt, den Kurs nach ihm zu richten. Mit Recht sagte Stresemann, daß der ganze Karnevalsputz der Separatisten im Rheinlande von der Bevölkerung in 14 Stunden beendet würde, wenn nicht die Franzosen und Belgier dahinter händeln. Frankreich trägt die Schuld an der inneren, politischen wie wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands, an der Hungersnot, der Erwerbslosigkeit, der maßlosen Teuerung und dem Verfall der Währung. Wenn es uns noch überdies zumutet, die französische Regie an den deutschen Reichseisenbahnen anzuerkennen, und noch überdies weitere wichtige Eisenbahnlinien, so Frankfurt-Darmstadt und die einzige Linie nach Holland zuzugeben, so ist die deutsche Ablehnung derartiger unverschämter Hebergriffe selbstverständlich. Einmal muß, so betonte der Reichskanzler mit Recht, die Zeit vorüber sein, wo man glaubt, daß man mit Deutschland auf dem Wege der Diktate weiterzusprechen kann. Deutschland mag zu schwach sein, sich zu wehren; man könne es vergeblich versuchen, aber man könnte es nicht zwingen, seine Unabhängigkeit unter diese Vergewaltigung zu setzen. Die Kanzlerrede bedeutet die öffentliche Festsetzung des Bruches mit Frankreich, die in der vorhergehenden Besprechung mit den Vertretern des Rheinlandes ausdrücklich bedingt worden war. Poincaré wird nun in den nächsten Wochen sehen, wie weit er mit der hohen Gewaltpolitik kommt und ob das übrige Europa dem Vorstoß von hunderttausend von Arbeitern, denen die Arbeit durch die französische Politik verwehrt wird, ruhig zusieht. Aus der Rede Baldwin in Plymouth möchte man fast den Eindruck schöpfen, als ob es mit der englischen Geduld nun doch zu Ende gehe. Freilich haben Hoffnungen auf englische Hilfe zu oft betrogen. Aber nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, daß

Amerika nun endlich bereit ist, an einer Konferenz über die Reparationsfrage teilzunehmen, und daß Baldwin Poincaré öffentlich aufgefordert hat, er möchte sich dreimal überlegen, ehe er wieder sein Nein ausspreche. Poincaré konnte sein Spiel gegen England treiben, solange Amerika abseits stand. Wenn die beiden

angefälligen Mächte sich, wie es scheint, in der Hauptfrage endlich geeint haben, so wird auch Poincaré seinen Starrsinn den tatsächlichen Machtverhältnissen abnehmen müssen.

## Baldwins Mahnruf.

Die Kurze der französisch-englischen Beziehungen scheint sich wieder einmal einem Gefrierpunkte zu nähern zu entwickeln. Die immer wieder gemachte Erklärung, daß dem Wesentlichen ein Wellenberg neuer „Geraldität“ zu folgen pflegt, bewahrt Deutschland hoffentlich vor einer allzu optimistischen Auffassung der Lage. Die auf der Reichskonferenz in London mehr oder weniger fast zum Ausbruch gekommenen Unzufriedenheit mit der englischen Politik der Impotenz hat den leitenden Staatsmann veranlaßt, auf dem konservativen Parteitag erneut die Politik Poincaré's, seine Reihungen und seine Erfolge, stark zu kritisieren. Es ist für die auch in konservativen Kreisen herrschende Stimmung bezeichnend, daß gerade die Reuewendungen, die in betonter Form die unbedingte Lösungsmöglichkeit des Reparationsproblems forderten, den stärksten Beifall fanden. Die unmittelbare im ersten Tone an Poincaré gerichtete Mahnung, nicht einmal oder zweimal sondern noch öfter die Antwort auf die englische Anregung zu überdenken, Amerika zu einer Reparationskonferenz hinauszuschieben, dürfte Herrn Poincaré zum mindesten den ganzen Ernst der gegenwärtigen Lage veranschaulichen. Die beschämende Tatsache, daß den in der englischen Note vom 11. August enthaltenen Warnungen an Frankreichs Adresse keine Taten gefolgt sind, sucht der englische Ministerpräsident nachdrücklich damit zu entschuldigen, daß man in London geglaubt habe, Frankreich werde nach Aufkauf des passiven Widerstandes, dessen beschleunigte Liquidation England in bestmöglicher Weise Deutschland angetragen hat, zu Verhandlungen geneigt sein. Bedeutungslos, wenn auch nicht neu, sind die Forderungen Englands hinsichtlich der Neuordnung des deutschen Finanzwesens und die Erklärungen, daß eine Befreiung Deutschlands nicht als Lösung von Teilschritten Englands nicht als möglich sein könne, da die Ereignisse des Friedensvertrages in Frage stellen. Die Entscheidung liegt, da Frankreich ja durch die offene Unterstützung der separatistischen Bewegung und durch die schroffe Ablehnung irgendwelcher Verhandlungen über die Wiedergeburt des Wirtschaftssiedens in den besetzten Gebieten seinen Standpunkt mit aller Deutlichkeit umrissen hat, bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch der deutsche Reichskanzler hat mit erfreulicher Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß die Reichsregierung sich von unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich nichts mehr verspricht. Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten wird davon abhängen, inwieweit das amerikanische Großkapital auf französischer Seite an dem Ruhrunternehmen interessiert ist. Sollte das, entsprechend verschiedenen Meldungen aus jüngster Zeit, der Fall sein, so wird man alle Hoffnung begraben müssen.

## Neue Vorkäufe der Sonderbündler.

1) Koblenz. Nach einer Meldung aus Koblenz bewachtigten sich die Sonderbündler unter Führung von Matthes am Donnerstagabend gegen 10 Uhr des Schlosses der Stadt. Die der Verhinderung des „Echo de Paris“ meldet, ist dieser Gewaltstreik von einer etwa 1400 Mann starken Truppe ins Werk gesetzt worden, bei dem es zu großem Unruheverursachen gekommen ist. Dem Verhinderung des Pariser Blattes zufolge, erklärte Matthes u. a.: Wir haben uns einer Kriegslage bedient, unsere Truppen waren lediglich mit Gummistiefeln bewaffnet. Morgen werden wir uns an die blaue Polizei wenden, die mit uns die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sichern soll. Sollte die Polizei sich zu dieser Zusammenkunft nicht verhalten, so werden wir sie entlassen. Wir wollen unsere Macht in friedlicher Weise bezeugen, wir werden uns aber verteidigen, wenn man uns dazu zwingen sollte, denn unser Blut ist bereits in Düsseldorf durch die Schuld der Berliner Regierung geflossen. Der interalliierten Rheinlandkommission haben wir heute einen Brief überreicht, in dem wir sie ersuchen, unsere Macht de facto anzuerkennen. Wir hoffen, daß die französische Presse auf unseren guten Willen hinweist und im übrigen daraufhin arbeiten wird, zwischen beiden Völkern eine Zusammenarbeit zu begründen.

## Französische Hilfe — Anerkennung der Separatisten.

1) Koblenz. Der französische Oberbefehlshaber der Rheinlandkommission Tirard hat von Paris die Weisung erhalten, die Separatistenbewegung als gesetzmäßig anzuerkennen. Eine entsprechende Ordnung der Rheinlandkommission sei zu erwarten. Tatsächlich tritt jetzt auch die Hilfe der Franzosen offensichtlich zu Tage, die den Sonderbündlern in die Gebiete, woraus sie vertrieben wurden, wieder Eintritt verschaffen. So wurden die Separatisten mit Hilfe der Bajonette in Trier, Koblenz, Bonn und Mainz und unter Vertreibung und Entwaffnung der deutschen Polizei wieder eingesetzt. Sie schießen und morden mit Waffen und Munition, die sie von den Mächten der Befreiung erhalten. Man will den Sonderbündlern dadurch zur Autorität verhelfen und die deutschen Behörden unterdrücken.

## Der Belagerungszustand in Koblenz verlängert.

1) Koblenz. Der Belagerungszustand ist hier um zwei Tage bis 29. Oktober verlängert worden. Die Zeitungen wurden heute von der Pressekommission der vorläufigen Regierung zu einer Besprechung im Regierungsgebäude geladen, selbsten der Aufforderung aber keine Folge.

## Die Koblenzer Zeitungen erscheinen nicht.

1) Koblenz. Die Koblenzer Zeitungen veröffentlichten folgende Erklärung: Da unter den neuerdings obwaltenden

den Verhältnissen die objektive Berichterstattung der Presse und ihre freie Meinungsäußerung unmöglich gemacht ist, sehen sich die Koblenzer Zeitungen veranlaßt, ihr Erscheinen bis auf weiteres einzustellen. Sie tun dies unter schärfstem Protest gegen den Versuch angeblich freier Rheinländer, die gesetzlich garantierte Freiheit der rheinischen Presse anzuhängen.

## Die öffentlichen Gebäude in Trier besetzt.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet aus Trier von Donnerstagabend 9 Uhr: Sämtliche öffentlichen Gebäude sind in der Hand der Sonderbündler. Die öffentlichen Behörden arbeiten, das Rathaus ist deshalb von den Sonderbündlern geräumt worden. Sämtliche Führer der politischen Parteien sind ausgewiesen worden. Geheime landesgegenwärtige der Bevölkerung hat, die aber durch Spähi verhindert wurden. Diese ritten in die Menge hinein. Die Sonderbündler haben von den Beamten weder eine schriftliche noch eine mündliche Erklärung verlangt. In Trier erscheint nur der unter Vorkensur stehende Trierer „Volksfreund“, der als offizielles Organ der „Republik-Partei“ dessen gefärbte Nachrichten zu bringen hat und keinerlei andere Meldungen veröffentlicht darf.

## Neue Gewaltmaßnahmen der Franzosen.

1) Gochs am Main. Der stellvertretende Bürgermeister Schäfer, der bereits vor einigen Monaten von den Franzosen in Untersuchungshaft genommen worden war und dann wieder freigelassen wurde, wurde gestern nachmittags ganz plötzlich ausgewiesen. Damit verlor Gochs den letzten besetzten Polizeikommissar.

Der französische Kreisbelegierte ordnete an, daß sämtliche Geldtransporte von dem unbesetzten in das besetzte Gebiet, die nicht einen von ihm ausgetesteten besonderen Geheiß haben, der Beschlagnahme verfallen. Diese Verfügung gilt nicht für Geldtransporte vom besetzten in das unbesetzte Gebiet.

## Teuerungskrawalle im Ruhrgebiet.

Meldungen aus Wannen zufolge ist es gestern wieder an verschiedenen Orten des Ruhrgebietes zu Teuerungskrawallen gekommen. Die Polizei mußte mehrfach einschreiten. Ein besonders schwerer Zusammenstoß ereignete sich in Essen. Die Polizei wurde von der Menge angegriffen und mit Steinen beworfen. Ein mit Polizeibeamten besetzter Straßenbahnwagen wurde umgeworfen. Mehrere Straßenbahnwagen wurden angehalten und als Parafade benutzt. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. Es soll 5 Tote und 16 Verwundete gegeben haben. Nach einer anderen Lesart soll die Zahl der Toten sogar 7 und die der Verwundeten 30 betragen.

1) Düsseldorf. In den frühen Nachmittagsstunden kam es gestern hier zu Ausschreitungen, die größeren Umfang anzunehmen drohten. Die Polizei konnte in kurzer Zeit die Straßen säubern. Ein unbeteiligter Mann wurde dabei getötet. Im Stadtteil Oberbilk kam es zu Mäuerungen.

1) Gelsenkirchen. Seit Mittwoch haben in fast allen Stadtteilen Mäuerungen in einem derartigen Umfang eingesetzt, daß für die Lebensmittelversorgung der nächsten Zeit das Schlimmste zu befürchten ist. Die Polizei ist überall eingeschritten, wo sie nur konnte, und hat in den meisten Fällen noch rechtzeitig eingreifen können, daß der größte Teil der Waren in den meisten Geschäften gerettet werden konnte. Besonders waren die Bahnhöfe, wo Kartoffeln abgenommen wurden, das Ziel der Mäuerer. An vielen Stellen konnte die Polizei die Menge mit der blanken Waffe auseinanderreiben, auch Schreihäufte wurden abgedrängt. Besonders schwierig gestaltete sich die Säuberung der Bahnhöfe von den Mäuerern. Ein großer Teil des gestohlenen Gutes konnte den Mäuerern abgenommen und den Eigentümern wieder zugestellt werden. Etwa 40 Personen wurden festgenommen. Am Donnerstag verlief der Vormittag zunächst ruhig. Gegen 6 Uhr legten die Mäuerungen im verstärkten Maße in der Bahnhofsstraße ein. Die anrückende Polizei wurde von der Seitenstraße der beschlagen und mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen, dabei sollen ein Mann getötet und mehrere verletzt worden sein. Die Mäuerer wiederholten im Laufe des Abends ihre Angriffe gegen Lebensmittelgeschäfte noch mehrere Male, wobei die Polizei von der Pfeil- und Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Bis 8 Uhr wurden in den Rheinlandbannern ein Toter, ein Schwerverletzter und sieben Verwundete eingeleitet.

## Erhöhung der Eisenbahntarife ab Montag.

Von Montag, den 29. Oktober ab werden die Schließjahre für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 6 Milliarden, im Güterverkehr 12 Milliarden betragen.

## An unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser wiederholt, das Bezugslohn von 9 Milliarden Mark rechtzeitig (ab heute) bereit zu stellen, damit unseren Lesern das Geschäft des Eintreffens erleichtert wird. Die Leser, die heute (1. Tag der neuen Bezugswoche) die Zeitung entgegennehmen, befinden, wie wir in unserer gestrigen Notiz mitteilten, ihr Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die zugehörige Zeitung dem zum Kassieren des Bezugspreises später vorstehenden Zeitungsboten zurückgeben. **Dieses ist das Rieser Tageblatt.**